

antisowjetischen Politik des Weltimperialismus erschwerte. Der Abschluß des Vertrages zeugte erneut vom Streben des ersten sozialistischen Staates nach guten und freundschaftlichen Beziehungen mit Deutschland.

Wie in vielen anderen imperialistischen Ländern zeigten sich auch in Deutschland in den Jahren 1927/28 die ersten Anzeichen einer neuen Wirtschaftskrise und kündigten das nahe Ende der relativen Stabilisierung des Kapitalismus an. Von der raschen Vertiefung der Widersprüche der kapitalistischen Stabilisierung im imperialistischen Deutschland zeugten die verstärkten Angriffe des Finanzkapitals auf die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten. Die Konzernherren führten Massenaussperrungen durch, entließen oppositionelle Arbeiter und Betriebsräte, bauten Lohn und soziale Leistungen weiter ab und verlängerten die Arbeitszeit. Die Kommunistische Partei Deutschlands mußte, gestützt auf die Abwehr- und Kampfbereitschaft eines zunehmenden Teils der Arbeiterklasse, die Streikbruch- und Spaltungspolitik der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften unwirksam machen und die Massen der Arbeiterklasse in den gemeinsamen Kampf gegen die Unternehmerangriffe führen. Unter Leitung der KPD begannen sich Millionen Arbeiter in Massenaktionen und Streiks gegen die Kapitaloffensive und die beschleunigte Kriegsvorbereitung zur Wehr zu setzen und um Lohn und Brot zu kämpfen.

Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 konnte die KPD vor allem in entscheidenden Industriegebieten einen Stimmenzuwachs erreichen. Gleichzeitig gewann auch die SPD, begünstigt durch die noch anhaltende Konjunktur und infolge ihrer demagogischen Ablehnung der Aufrüstungspolitik, viele Stimmen. Im Juni 1928 übernahm deshalb zum erstenmal in dieser Periode die Sozialdemokratie die Regierungsgeschäfte. Die neue Regierung, in der rechte Führer der Sozialdemokratie eine Koalition mit Parteien des Großkapitals eingingen, setzte die arbeiter- und volksfeindliche Politik der Bürgerblockregierung fort. Ihrer Koalitionspolitik wegen stellten sich die rechten Führer der SPD im Gegensatz zu ihren Wahlversprechungen offen auf den Boden der imperialistischen Rüstungspolitik. Gegen diesen promilitaristischen Kurs der rechten Parteiführer entwickelte sich in der SPD eine wachsende Opposition.

Der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale von Mitte Juni bis Anfang September 1928 beschloß das Programm und das Statut der Kommunistischen Internationale. Beide verallgemeinerten wissenschaftlich die Erfahrungen der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung und spielten in der weiteren Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung eine be-